



Inhalt

Begrüßung / Einleitung.....	2
1 Wie wollen Sie zukünftig Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben durch individuelle Assistenz sicherstellen, egal wo Menschen wohnen?.....	2
SPD	2
CDU	2
Bündnis 90/Die Grünen	2
FDP	3
2 Menschen mit Beeinträchtigung haben bisher keine Mitbestimmungsrechte, wenn sie in einer besonderen Wohnform leben. Werden Sie zukünftig Mitbestimmungsrechte im Sinne der UN-BRK ermöglichen?.....	3
SPD	3
CDU	3
Bündnis 90/Die Grünen	4
FDP	4
3 Sind Sie der Meinung, dass Interessenvertretungen von Menschen mit Beeinträchtigung in Landesrahmenvertragsverhandlungen stimmberechtigt sein sollen?.....	4
SPD	4
CDU	5
Bündnis 90/Die Grünen	5
FDP	5

Begrüßung / Einleitung

Liebe Leser*innen,

auch heute heißt es wieder: der Beirat Selbstvertreter und der Beirat Eltern und Angehörige haben gefragt, die Parteien haben geantwortet. Dieses Mal geht es um Soziale Teilhabe.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen

Frank Steinsiek
Landesgeschäftsführer

1 | Wie wollen Sie zukünftig Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben durch individuelle Assistenz sicherstellen, egal wo Menschen wohnen?



Auszug:

Mit der Novellierung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes haben wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung nachhaltig gestärkt und verbessert. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sind insbesondere die Vorschläge und Wünsche der Behindertenverbände weitgehend berücksichtigt worden. (...) (siehe Informationsdienst 03-3, Anmerkung der Redaktion)

(Fortsetzung bei Frage 2)



In § 78 SGB IX werden die individuellen Assistenzleistungen zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages umfassend geregelt.

Grüne Niedersachsen



Das Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz wollen wir planmäßig im nächsten Jahr evaluieren und prüfen, wie die Umstellung der Bedarfsplanung und die veränderten Zuständigkeiten sich ausgewirkt haben. Ziel ist es nach wie vor,

dass alle Menschen mit Behinderungen die Leistungen erhalten, die sie für eine gleichberechtigte Teilhabe brauchen. Auch wollen wir mehr Menschen in der Heilerziehungspflege ausbilden, damit ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dafür wollen wir im ersten Schritt das Schulgeld abschaffen.



Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt ihr Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten. Dazu setzen wir

Freie Demokraten wie bereits erläutert (s.o.) auf moderne Instrumente selbstbestimmter Inklusion.

2 | Menschen mit Beeinträchtigung haben bisher keine Mitbestimmungsrechte, wenn sie in einer besonderen Wohnform leben. Werden Sie zukünftig Mitbestimmungsrechte im Sinne der UN-BRK ermöglichen?



Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist darüber hinaus ein dauerhafter Prozess, den wir auch in der kommenden Legislaturperiode weiter vorantreiben werden. Dazu gehört auch die Stärkung vom Mitbestimmungsrechten.
(Fortsetzung bei Frage 3)



CDU

Das in diesem Jahr novellierte Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz trägt dem Partizipationsgedanken der UN-BRK Rechnung. So werden durch eine Vorgabe für die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen bei der Besetzung von Gremien, eine Regelung über die Aufnahme von Verhandlungen über Zielvereinbarungen zur Herstellung von Barrierefreiheit, die Gleichstellung des Niedersächsischen Inklusionsrats von Menschen mit Behinderungen mit den Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen und dem damit verbundenen Vorschlagsrecht für eine Mitgliedschaft im Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen die Mitbestimmungsrechte gestärkt.



Wir halten Mitbestimmung für behinderte Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft für

sehr wichtig – das gilt auch für besondere Wohnformen. Das Modellprojekt der Lebenshilfe "Selbstbewusst - stark und entscheidend" finden wir deshalb sehr gut. Wenn die Gründung von Beiräten, die Schulung der Bewohner*innen und spezielle Informationsmaterialien sich als wirksame Instrumente für mehr Mitbestimmung erweisen, können sich auch Einrichtungen anderer Träger ein Beispiel daran nehmen.



Ja. Die Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention ist uns ein wichtiges Anliegen.

3 | Sind Sie der Meinung, dass Interessenvertretungen von Menschen mit Beeinträchtigung in Landesrahmenvertragsverhandlungen stimmberechtigt sein sollen?

Auszug:

Überlegungen zur stimmberechtigten Teilnahme von Interessenvertretungen von Menschen mit Beeinträchtigung in Landesrahmenverhandlungen sollten aus unserer Sicht zunächst in Gremien wie dem Landesbehindertenbeirat diskutiert werden. Wenn dieser Vorschlag die einheitliche Position der Verbände darstellt, wird sich auch der Landtag damit auseinandersetzen. Wir sind für Vorschläge dieser Gremien grundsätzlich offen und werden auch in der kommenden Legislaturperiode wieder den engen Austausch mit den Interessenvertretungen für Menschen mit Behinderung suchen und pflegen.



CDU

Die Lebenshilfe ist ein wichtiger Garant dafür, dass Menschen mit Beeinträchtigungen am politischen Diskurs teilhaben können. Wir

wollen die Interessenvertretungen und Verbände weiterhin eng in den Gesetzgebungsprozess einbinden. Unser politisches System kennt zahlreiche Möglichkeiten der Mitsprache und Interessenvertretung. Sowohl über Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren als auch über die Parlamente besteht die Möglichkeit, Positionen vorzubringen und auf Besonderheiten hinzuweisen. Parlament und Regierung sind auf diesen Kontakt angewiesen, nicht nur um Probleme zu erkennen, sondern auch um gemeinsam mit der Bevölkerung sachgerechte Lösungen zu entwickeln. Deshalb setzen wir uns stets für eine breite Beteiligung der Sachverständigen ein.

Grüne Niedersachsen



Wir finden es wichtig, dass der Landesbeirat für Men-

schen mit Behinderungen an den Verhandlungen beteiligt ist. Ob ein Stimmrecht sinnvoll und möglich ist, wollen wir prüfen. Wichtig ist für uns aber vor allem, dass Menschen mit Behinderungen an Gesetzgebungsprozessen beteiligt und in Parlamenten vertreten sind. Denn dort werden die gesetzlichen Grundlagen für den Landesrahmenvertrag geschaffen.

Freie Demokraten

Landesverband
Niedersachsen **FDP**

Wir als Freie Demokraten wollen für mehr Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen an wichtigen Vorhaben auf Landesebene sorgen. Die Teilnahme an Landesrahmenvertragsverhandlungen ist allerdings Sache der Vertragspartner. Diesen steht es frei, die Interessenvertretungen von Menschen mit Beeinträchtigung im Vorfeld zu beteiligen.

Wenn Sie unseren Infodienst nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#). Automatisch öffnet sich eine E-Mail, die Sie nur noch versenden müssen. Ihre Daten werden dann automatisch aktualisiert.

Herausgeber

Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.
Nordring 8 G
30163 Hannover

Redaktion

Frank Steinsiek (FST) (V.i.S.d.P.)
Ulrike Seyfang (US)
Jana Koch (JK)
Maren Böhm (MB)

Service

Telefon: 0511 . 909 257 - 00
Fax: 0511 . 909 257 - 11
landesverband@lebenshilfe-nds.de
Auflage: 1.600 Stück